



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/97 - 26.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum 1. Mai 1956	S. 1
Vor den Wahlen in Österreich	S. 4
Ein "vertraulicher Dienst" aus der Bischofsstadt	S. 6
Bundesinnenminister Schröder und der KP-Prozess	S. 7
Mit leeren Händen nach Moskau	S. 7
<u>Automation und ihre Wirkungen (IV und Schlüsse)</u>	<u>S. 8</u>

Sperrfrist: 30. April

## Fruchtbare Unruhe

Von Wilhelm M e l l i e s, MdB  
stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

Eine grosse Welle politischer Unruhe geht über die gesamte Welt. Ob man es eingesteht oder nicht, alle fühlen, dass man neue Wege in der Politik suchen und finden muss. Die Rüstungsgleichheit besteht heute zwischen Ost und West. Beide Seiten haben Atombomben, Atomraketen und Wasserstoffbomben. Beide Seiten wissen, bei dem Einsatz dieser furchtbaren Waffen bleibt nur das Ende für alle. Diese Tatsache wirft fast alle Überlegungen und Vorstellungen der verflossenen Jahre im politischen Bereich über den Haufen. Zögernd sucht man aus der Periode der Bedrohungen und Bezeichnungen in eine Periode des Lächelns und der Verständigung zu kommen.

Dieser Weg ist nicht leicht, und oft geht es dabei wie bei der Eckternacher Springprozession: drei Schritte vor und zwei Schritte zurück. Aber der Weg ist klar vorgezeichnet: Entspannung, friedliche Verständigung - wenn nicht durch die grosse Katastrophe alles Leben auf der Erde ausgelöscht werden soll. Auch in diesem Jahre wird am 1. Mai die sozialistische Bewegung in allen Ländern der Welt ihren alten Ruf nach Völkerverständigung und Frieden wieder erheben und erheben müssen. Die Dinge entwickeln sich nicht von allein. Es liegt an uns, wieviel Tatkraft, wieviel Energie wir im politischen Leben aufbringen, um die Entwicklung zu beschleunigen. Es wird uns in dieser Welt nichts - 2 -

geschenkt; alles muss schwer errungen und schwer erkämpft werden. Man muss sehr darauf achten, dass man nicht vor dem Ziel erlahmt, weil sonst alles wieder in Frage gestellt wird.

#### Umwälzungen auf vielen Gebieten

Aber nicht nur die Verhandlungen über die Abrüstung haben durch die Atomwaffen in Ost und West eine neue Grundlage bekommen. In allen Parlamenten der Welt, auf den Kongressen der Gewerkschaften wird heute gesprochen und beraten über die Auswirkungen, die die friedliche Verwendung der Atomenergie im wirtschaftlichen Bereich haben wird. Auch hier herrscht diese Welle der Unruhe, weil heute noch niemand absehen kann, wie stark die Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiet sein werden. Kein Zweifel, wir stehen vor einer zweiten industriellen Revolution. Sie wird der Welt neue Reichtümer bringen. Sie wird manche Plackerei, die heute noch auf den Schultern der Menschen lastet, herunternehmen. Dazu kommt die Umwälzung, die durch die immer stärkere Einschaltung der Automaten in den Produktionsprozess bedingt ist.

Unzählige Fragen werden durch diese Entwicklung aufgeworfen: Wie weit kann man die Arbeitszeit verkürzen? Welche Massnahmen sind notwendig, um zu einer möglichst gerechten Verteilung des Sozialprodukts zu kommen? Welche Möglichkeiten bestehen für Staat und Gemeinden, um einer sinnvollen Gestaltung der grösseren Freizeit den Weg zu ebnen?

Alle diese Fragen bringen neue Auseinandersetzungen, neue Kämpfe, und wieder leuchten die alten sozialistischen Forderungen auf: Verkürzung der Arbeitszeit, längeres Wochenende und die Durchführung des Aktionsprogramms der Gewerkschaften werden immer dringender. Auch hier gilt, dass uns nichts in den Schoß fällt, sondern ein dauerndes hartes Ringen erforderlich ist.

Noch vor einigen Jahren hätte niemand diese grosse Welle der Unruhe für möglich gehalten. Die Fronten zwischen Ost und West schienen erstarrt. In der freien Welt und vor allen Dingen in der Bundesrepublik hatten sich die restaurativen Kräfte gut und bequem eingerichtet. Man hoffte, durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die Eingliederung der Bundesrepublik in NATO der grossen Schwierigkeiten enthoben zu sein. Unsanft sind fast alle in den letzten Monaten aus ihrer Bequemlichkeit aufgerüttelt worden. Noch sind die meisten unangenehm berührt durch

diese Unruhe, die sie in ihrer satten Behaglichkeit stört.

Bei vielen anderen ist diese Unruhe in eine fatalistische Stimmung umgeschlagen. Sie sind der Ansicht, dass der Mensch machtlos ist angesichts der rasenden technischen Entwicklung. Sie verzweifeln an einer friedlichen Verständigung unter den Völkern, verzweifeln an der sozialen Gerechtigkeit und warten eigentlich nur darauf, dass durch die Gewalt der Atomwaffen eines Tages alles Leben auf der Erde vernichtet wird. Eine Stimme der Lust am Untergang ist in der gegenwärtigen Lage oft zu verzeichnen. Diese Haltung ist aber stets die Haltung der Schichten gewesen, die ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht wurden und deshalb abzutreten hatten. Es war die Stimmung der Adligen vor der grossen bürgerlichen Revolution; es ist die Stimmung der Dekadenten, die über keine innere Kraft mehr verfügen.

### Unveränderliche Friedensliebe

Die sozialistische Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die neue Zukunft zu gestalten, begrüsst die grosse politische Unruhe; denn sie weiss, dass es eine fruchtbare Unruhe ist, die uns dazu zwingt, neue Lösungsmöglichkeiten zu suchen, um mit all den Problemen fertig zu werden.

So wird der 1. Mai 1956 für uns ein Tag sein, an dem wir die alten Forderungen und die neuen Aufgaben vor uns sehen. Er wird unseren Willen stärken, eine Lösung zu finden. Eine Lösung, die uns im Rahmen einer friedlichen Verständigung die Einheit Deutschlands bringt, das entsetzliche Gespenst des dritten Weltkrieges verschoucht. Eine Lösung, die uns gleichzeitig die Möglichkeit gibt, auf dem Wege zur sozialen Gerechtigkeit voranzuschreiten und dabei die grosse Aufgabe nicht zu vergessen, dass es nicht nur gilt, eine möglichst gerechte Verteilung des Sozialproduktes zu erreichen, sondern dass es vornehmste Pflicht jeder Gemeinschaft ist, für diejenigen zu sorgen, die noch nicht ihren Unterhalt erwerben können und denjenigen einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern, die durch ein arbeitsreiches Leben ihr Teil zum wirtschaftlichen Reichtum des Volkes beigetragen haben.

- Freiheit - unverzichtbare Grundlage der Menschenwürde.
- Einheit - das Recht jeden Volkes.
- Frieden - die Voraussetzung für eine bessere Zukunft.
- Soziale Gerechtigkeit - tragender Pfeiler der menschlichen Gemeinschaft.
- Soziale Sicherheit - die sittliche Verpflichtung des Volkes gegenüber dem Alter und der Jugend.

Diese alten und immer noch neuen Forderungen müssen über unseren Maidemonstrationen stehen und in jedem von uns die fruchtbare Unruhe wach halten.

Wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen im Vordergrund

K.F. - Wien, Ende April

Das politische Leben Österreichs steht jetzt im Zeichen der kommenden Wahlen. Am 13. Mai werden die Abgeordneten für das neue Parlament gewählt werden. Seit den Osterfeiertagen läuft der Wahlkampf auf hohen Touren und alle wahlwerbenden Parteien beteuern, dass es ihnen nur um das Wohl des kleinen Mannes zu tun ist.

Obwohl die beiden grossen Parteien auch hinsichtlich der künftigen Sozialpolitik, Familienpolitik, Schulpolitik und Kulturpolitik sehr verschiedener Auffassung sind, steht in diesem Wahlkampf ausschliesslich die Wirtschaftspolitik im Vordergrund, natürlich auch mit ihren Auswirkungen auf sozialpolitische Erfordernisse. Es ist offenbar ein Kennzeichen unserer Zeit und der auf materielles Güterstreben gerichteten menschlichen Mentalität, dass wirtschaftliche Fragen heutzutage allein imstande sind, grössere Volksmassen zu bewegen. Auseinandersetzungen über ideologische Fragen werden oftmals nur als Flucht in die Schlagworte empfunden, obwohl dies keineswegs immer der Fall zu sein braucht. Es geht deshalb in erster Linie um gesicherte Arbeitsplätze und höhere Reallöhne.

## Grosse Gegensätze

Jedermann in Österreich weisse, dass die Parlamentswahlen vom 13. Mai keinen politischen Erdbeben bringen werden. Dennoch sind diese Wahlen von grosser Bedeutung für die Zukunft des Landes, denn ihr Ausgang soll ja den Trend der Entwicklung aufzeigen, dem sich die dann unterlegene Partei irgendwie fügen müssen. Die Gegensätze sind zu gross geworden, als dass sie sich weiterhin auf der Basis einer Koalition zwischen zwei völlig gleichstarken Parteien überbrücken liessen. Es wird auch nach dem 13. Mai nicht die eine Partei über die andere herrschen und bestimmen können, aber es wird sich doch zeigen, wer dann berechtigt ist, bei künftigen Entscheidungen den Ausschlag zu geben.

Noch ahnen viele Wähler nicht den ganzen Umfang der wirtschaftspolitischen Gegensätzlichkeit zwischen ÖVP und SPÖ, noch wissen nicht alle die Tragweite ihrer Entscheidung abzuschätzen. Aber man versucht es ihnen von beiden Seiten her klar zu machen. Und um dem einfacheren

Begriffsvermögen politisch ungeschulter Wählermassen gerecht zu werden, hat man die vielfältige und grundlegende Gegensätzlichkeit auf wenige Fragen reduziert. Eine Wahlkampagne kann ja nicht ein volkswirtschaftlicher Vorlesungszyklus sein. Man beschränkt sich daher in der Wahlpropaganda hauptsächlich auf die Fragen des Erdöls und der ehemaligen USIA-Betriebe, daneben auch auf das leidige Wohnungsproblem, auf die Milchpreisregelung und auf Fragen der Vollbeschäftigung, der Preispolitik und der Steuerpolitik.

Wenn man durch die Strassen Wiens geht, sieht man an verkehrsreichen Strassenecken kleine hölzerne Bohrtürme stehen, wie sie in Originalgestalt im niederösterreichischen Erdölgebiet zu finden sind. Sie tragen die Wahlparolen der SPÖ und machen darauf aufmerksam, dass das Erdöl, nachdem es ein Jahrzehnt lang die sowjetische Besatzungsmacht für sich verwertet hat, nunmehr dem österreichischen Volk gehören soll und nicht an in- oder ausländisches Kapital verschachert werden darf.

#### Raab will reprivatisieren

Auf der anderen Seite hat vor wenigen Tagen der Bundeskanzler und ÖVP-Parteivorsitzmann Ing. Julius Raab in einer Versammlung vor Industriellen eine programmatische Rede gehalten, deren Kerngedanke es ist, die voraussiehende Mehrbelastung des Bundesbudgets (infolge Aufbau des Bundesheeres, Erhöhung der Beamtenbezüge usw.) dadurch auszugleichen, dass die verstaatlichten Betriebe und die Betriebe, an denen die verstaatlichten Banken überwiegend beteiligt sind - zusammen etwa 80 Prozent des österreichischen Industriepotentials - verbessert werden. Auf dem Wege der Reprivatisierung soll also der Staatshaushalt saniert werden, durch einen großzügigen Ausverkauf sollen die anscheinend doch etwas zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das erinnert unwillkürlich an den weinseligen Fatalismus, der sich beim "Heurigen" in vorgerückter Stimmung mit den Worten zu äussern pflegt: "Da habt's kein G'wand, ich fahr' in den Himmel!"

Die Sozialisten weisen auf Gefahren hin, die sich für die arbeitenden Menschen ergeben würden, wenn das Konzept der ÖVP in die Tat umgesetzt würde. Die Zerschlagung des gewaltigen Komplexes der verstaatlichten Industrie und der Gemeinwirtschaft hätte, so sagen sie, verhängnisvolle wirtschaftliche Folgen. Indes sich einige wenige gewaltige bereichern könnten, müssten Tausende Österreicher mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und mit einer erheblichen Senkung des Reallohnlevels rechnen. Doch Österreich hat ja jetzt die Wahl ...

"Intern-Informationen"

sp. Ein neuer Informationsdienst erscheint jetzt unter dem vielversprechenden Titel "Intern-Informationen". Herausgeber ist Eberhard Broschek aus Fulda, dem Sitz der katholischen Bischöfe Deutschlands. Die Anregung zur Neugründung gab die "Hauptarbeitsstelle der katholischen Männergemeinschaft Deutschlands." Nach einem ersten Begleit-schreiben, das zum Abonnement auffordert, ist der Dienst nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Erklärter Zweck ist vielmehr, "einer beschränkten Anzahl vertrauenswürdiger Männer und Frauen die Möglichkeit einer internen Hintergrund-Information zu geben."

Dieser Hintergrund, über den hier Aufklärung gegeben werden soll, stellt sich in der ersten Ausgabe u. a. so dar: "Die Nachrichtengebung in der Bundesrepublik wird fast völlig durch die liberal-sozialistischen Kräfte beherrscht und rigoros gehandhabt." "Für die Schulen und Universitäten in der Bundesrepublik sind geheime kommunistische Anweisungen mit der Parole 'Ko-Existenz und Wiedervereinigung' ergangen." Es wird mitgeteilt, dass "das SED-MdB Wehner, ehemaliger Kommunist ist und längere Zeit als ausserpolitischer Experte der Exil-KP in Moskau war" und "dass das Ausland in einer Wehner-Rede in Beisein Zorins einen radikalen Ausbruch des liberal-sozialistischen Aufstandes gegen die Ausserpolitik Adenauers sieht" und dergl. mehr. "Intern-Informationen" kommentieren zusammenfassend selbst: "Hintergrund: Erleichterung für kommunistische Bürgerkriegsaktionen".

In einem empfehlenden Begleitbrief schreiben die Herren Joos, früherer Zentrumsabgeordneter im alten Reichstag und Präsident jener schon erwähnten Hauptarbeitsstelle katholischer Männergemeinschaft, sowie Prälat Dr. Schulte: "Wir glauben, dass diese Informationsbriefe für sich selber sprechen."

Das ist freilich auch unsere Ansicht. Die Nachrichtengebung in dieser Bundesrepublik (man denke nur an das Bundespresse- und Informationsamt unter Herrn Porschbach) als liberal-sozialistisch zu bezeichnen; die Forderung nach Ko-Existenz (die sich auch Pius XII. zu eigen gemacht hat) und Wiedervereinigung als kommunistische Parolen zu verächtigen; eine Bundestagssitzung, während der, in Anwesenheit Zorins auf der Diplomatentribüne, neben vielen anderen Rednern auch Wehner

sprach, sozusagen als eine Art persönlicher Begegnung von Wehner und Zorin hinzustellen - das alles sind halb infame, halb törichte Verdächtigungen und Verdrehungen. Sie setzen, sollte man meinen, als Bezüher wohl weniger eine "beschränkte Anzahl" bestimmter Personen, als eine bestimmte Anzahl beschränkter Personen voraus.

(Die tatsächlichen Angaben über den zitierten Dienst sind der "Freien Presse", Bielefeld, entnommen.)

\* \* \*

#### Druck auf Karlsruhe

sp. Auf Antrag der Bundesregierung schwebt vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Prozess, dessen Ziel die Entscheidung ist, ob die Kommunistische Partei verfassungsfeindlich ist und darum verboten werden muss. Der Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder, hat zu diesem Prozess kürzlich auf einer Pressekonferenz Stellung genommen. Seine Äußerungen können kaum anders verstanden werden und mussten jedenfalls in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, dass der Bundesminister des Innern das Bundesverfassungsgericht zur Eile drängen und an seine Pflichten gemahnen wolle. Dies ist zumindest ein ungewöhnliches Verfahren, dass eine Regierungsstelle durch Presserklärungen Einfluss auf ein Gericht zu nehmen versucht. Der politische Stil in der Bundesrepublik treibt seltsame Blüten. Es ist nur gut, dass der Bundesminister des Innern dem Bundesverfassungsgericht nicht die Mittel sperren kann.

\* \* \*

#### Wieder einmal anders überlegt

sp. Die Bonner Politik und besonders die Außenpolitik, vermittelt in diesen Tagen nicht gerade den Eindruck einer entschlossenen Zielstrebigkeit. Lag das an der vierwöchigen Abwesenheit des Kanzlers? Was gestern gesagt wurde, wird heute wieder verleugnet. Man denke nur an die vollkommen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Außen- und dem Verteidigungsminister in der Frage der 500 000 Mann Bundeswehr. Gegensätze, die man durch die Vereinerung aus der Welt zu schaffen suchte, dass man sagte, sie bestünden nicht. Ein weiteres Beispiel: Außenminister von Brentano hatte vor zwei Wochen der Öffentlichkeit versichert, Botschafter Haas werde nach seiner Rückkehr nach Moskau - 8 -

bei der Sowjetregierung eine Bonner Note in der Frage der Wiedervereinigung überreichen. Dieser Schritt sollte, wie eine grosse Tageszeitung schrieb, die Russen aus ihrer Verschanzung hinter der Deutschen Demokratischen Republik hervorlocken.

Aber nichts dergleichen wird geschehen. Denn Botschafter Haas fährt ohne Note und ohne Aide-memoire an seinen Wirkungsort, gelegentlich soll er nur den Bonner Standpunkt dem Kreml karmachen - als ob dieser nicht ohnehin bekannt wäre. Was bezweckte also die seinerzeitige Ankündigung des Bundesauschministers? Sollte sie den Schein einer nicht vorhandenen Aktivität der Bundesregierung vortäuschen? Wenn ja - wie schnell ist diese Täuschung offenbar geworden. Übrig bleibt ein wachsender Zweifel an der Glaubwürdigkeit hochoffizieller Versicherungen.

\* \* \*

#### Automation - Und was dann? (IV und Schluss)

RAP. Man redet und schreibt von der Automation als einer zweiten oder gar dritten "Industriellen Revolution". Sie ist jedoch nur die folgerichtige Weiterentwicklung jener industriell-ökonomischen Entwicklung, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts in England begonnen hatte. Von Anfang an gehörte zur "Industriellen Revolution" eine Umwälzung und stetige Anpassung der geschäftlichen Finanzierungsmethoden, die sich in der Entwicklung von Kapitalgesellschaften, Unternehmenszusammenschlüssen (Konzerne, Trusts), bestimmter Banktypen, Kapitalanlagegesellschaften (Investment Trusts) usw. manifestierte.

#### Reform der Finanzierungsmethoden

Die Automation wird vermutlich wiederum neuartige Finanzierungsmethoden erforderlich machen. Bisherige Vorstellungen über die Grösse der Investitionsquote und ihre Aufteilung in der Volkswirtschaft werden revidiert werden müssen. Dabei einer Umstellung auf Automation oder bei einer Umstellung einer bereits vorhandenen Automation das ganze Unternehmen als ein geschlossenes Maschinenaggregat behandelt werden muss, sind Teilinvestitionen - Anschaffung einzelner Maschinen, Rationalisierung einzelner Arbeitsvorgänge oder Betriebsabteilungen - nicht möglich. Die zu investierenden Summen werden im Vergleich zu bisherigen Vorstellungen sehr grosse und die Abschreibungen sehr hohe sein müssen, denn es können nicht einzelne Maschinen oder Anlagen abgeschrieben und ausgewechselt, sondern es muss das gesamte Automatenaggregat mehr oder weniger kurzfristig abgeschrieben und durch ein anderes ersetzt werden. Damit ist das Risiko nicht nur vergrössert, sondern auch gänzlich verschoben.

#### Stabilisierende Wirkung auf Konjunkturablauf

Wie die automatische Erzeugung nicht den Konjunkturschwankungen entsprechend verringert oder vermehrt werden kann, so kann auch die Investitionsbereitschaft nicht von den Konjunkturschwankungen abhängig gemacht werden. Eine automatische Anlage, einmal begonnen, muss auch bei nachlassender Konjunktur fertiggestellt werden, weil andernfalls -9-

das bereits investierte Kapital gänzlich verloren sein müsste. Falls jedoch, wie Marx erstmalig vermutete, die Krisenintervalle oder Konjunkturschwankungen mit dem Rhythmus der Erneuerung industrieller Kapitalanlagen zusammenhängen, dann müsste man von der zunehmenden Automation eine stabilisierende Wirkung auf die Konjunkturabläufe erwarten dürfen, weil ja die Erneuerungen häufiger und umfassender sein werden: umfassend bei der einzelnen Unternehmung, zeitlich besser als jetzt in der gesamten Volkswirtschaft verteilt. Darauf darf auf eine gewisse stabilisierende Wirkung auf den Konjunkturablauf geschlossen werden.

Es erhebt sich die Frage, wie das erforderliche Investitionskapital gebildet werden kann oder soll, da es ja verhältnismässig bald zur Gänze abgeschrieben werden muss. Je kürzer die Frist zur Abschreibung, umso höher muss der Anteil der in die Preise eingehenden Abschreibung sein. Die sehr grosse Stückzahl der Fabrikationsserien mag die Selbstfinanzierung über den Preis vielleicht nicht gar zu deutlich werden lassen. Wenn die Automatenmaschinerie aus irgendwelchen Gründen vorzeitig durch eine andere ersetzt werden muss, ist sie nur als Schrott verkäuflich; für einen anderen Produzenten ist sie wertlos.

#### Zwang zur Konzentration

Der Kapitalmarkt besteht heute faktisch aus wenigen Kapitalsammelstellen (Versicherungen, gewisse Fonds, Banken, eventuell die öffentliche Hand). Der Zugang zu ihm ist heutzutage fast ausschliesslich nur den grossen, gut fundierten Kapitalgesellschaften offen. Im Zeitalter der Automation wird das noch mehr als bisher der Fall sein, so dass die kleineren und mittleren, vor allem die persönlichen Unternehmungen von der Kapitalversorgung abgeschnitten werden und auch von dieser Seite in ihrer Existenz bedroht werden. Es darf angenommen werden, dass der Konzentrations- und Zentralisationsprozess des Kapitals von der Automation wiederum sehr starke Impulse bekommt.

Man wird das Zeitalter der Automation als ein solches der fortgesetzten kräftigen wirtschaftlichen Ausweitung auffassen müssen. Diese Expansion ist stets von einer kräftigen Kreditausweitung abhängig und diese wiederum wird stets von einer erzwungenen Sparung bei den Beziehern kontraktierter Einkommen, die ja die Masse der Endverbraucher bilden, zugunsten der Bezieher fundierter Einkommen begleitet. Dies drückt sich regelmässig aus in Preissteigerungen, die zu inflationistischen Erscheinungen führen können.

#### Die Frage nach dem Eigentum

Im Zeitalter der Automation wird nach allem, was hier angedeutet worden ist, früher oder später mit stärkerem Nachdruck als in bisherigen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung die Frage aufgeworfen werden, ob es den einfachsten Forderungen der sozialen Gerechtigkeit entspricht, wenn gesellschaftlich erzeugte und gesellschaftlich ersparte Werte als Zuwachs zum volkswirtschaftlichen Kapital zum privaten Eigentum einer schmalen gesellschaftlichen Schicht werden. Die Frage nach dem Eigentum an den Mitteln der gesellschaftlichen Produktion wird gestellt; sie wird beantwortet werden müssen. Die Antwort sollte im Sinne eines persönlichen, aber nicht privaten Eigentums jedes einzelnen Staatsbürgers an den Produktionsmitteln gegeben werden.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau